Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/7282

19. 03. 97

Antrag

der Abgeordneten Simone Probst, Elisatbeth Altmann (Pommelsbrunn), Dr. Manuel Kiper, Matthias Berninger, Antje Hermenau, Kristin Heyne, Michaele Hustedt, Oswald Metzger, Ursula Schönberger und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Keine weitere Beteiligung am Fusionstestreaktor ITER

Im Jahr 1998 entscheiden die Partner USA, Rußland, Japan und die EU über die Fortsetzung der internationalen Zusammenarbeit für das Kernfusionsexperiment ITER (International Thermonuclear Experimental Reactor). Im ITER-Reaktor soll ein Fusionsplasma erstmals selbsterhaltend zum „Brennen" gebracht werden. Ein weiterer Forschungsschwerpunkt soll die Entwicklung von Technologien für spätere kommerzielle Fusionsreaktoren sein. ITER ist somit ein Zwischenschritt auf dem Weg zur kommerziellen Nutzung der Fusionsenergie. Wenn überhaupt, wird ein solches Kernfusionskraftwerk zur Energieerzeugung frühestens Mitte des nächsten Jahrhunderts zur Verfügung stehen. Die Kosten allein für den Bau des ITER-Experiments werden heute auf ca. 15 Mrd. DM geschätzt. Die Bundesrepublik Deutschland beabsichtigt, sich im Rahmen der EU am ITER-Projekt zu beteiligen.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. sich in den Gremien der EU gegen eine weitere europäische Beteiligung am ITER-Projekt auszusprechen und insbesondere keine neuen internationalen Verpflichtungen zur Fortsetzung der Fusionsforschung einzugehen;
2. sich innerhalb der EU für eine generelle Beendigung der Forschung zur Entwicklung der Kernfusion als Energiequelle einzusetzen;
3. auf nationaler Ebene keine Gelder für Fusionsforschung bereitzustellen und statt dessen die freiwerdenden Mittel für die Förderung von Energieeinsparstrategien und erneuerbaren Energien zu verwenden.

Bonn, den 19. März 1997

Simone Probst
Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn)
Dr. Manuel Kiper
Matthias Berninger

Antje Hermenau
Kristin Heyne
Michaele Hustedt
Oswald Metzger
Ursula Schönberger
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Begründung

1. Die Energiepolitik steht in den nächsten 50 Jahren vor der Herausforderung, die CO_2-Emissionen soweit zu senken, daß eine gravierende Klimaänderung vermieden werden kann. Ziel muß deshalb der Aufbau einer nachhaltigen Energiewirtschaft sein, die auf Energieeinsparung und auf erneuerbare Energien setzt. In dieser Verantwortung stehen insbesondere die Industrieländer. Hierzu sind umfassende soziale und technische Innovationen notwendig, auf die sich die Forschungsanstrengungen konzentrieren müssen.

2. Die Nutzung der Kernfusion als Energiequelle befindet sich in einem Entwicklungsstadium, das in vielen Bereichen noch Grundlagenforschung ist. Bisher sind weder die wissenschaftliche noch die technische Machbarkeit erwiesen. Auch werden z. Z. noch mehrere parallele Konzepte zur Kernfusion verfolgt. Selbst Befürworter der Kernfusion rechnen nicht vor Mitte des nächsten Jahrhunderts mit einer Anwendung der Fusion in einem kommerziellen Kraftwerk. Angesichts dieser Zeitskalen und Unsicherheiten wird die Kernfusion keinen Beitrag zur Lösung des Treibhausproblems leisten können. Zu dieser Auffassung kam auch die Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre" des Deutschen Bundestages in ihrem Abschlußbericht (Drucksache 12/8600).

3. Das Festhalten an der Kernfusion blockiert bereits heute in der Forschungspolitik die notwendige Weichenstellung zur Strategie- und Technologieentwicklung für eine sichere und ökologisch dauerhaft verträgliche Energieversorgung. In Zeiten knapper Haushaltsmittel bindet die Fusion einen ständig zunehmenden Teil der Forschungsmittel im Energiebereich. Ihr Anteil beträgt inzwischen etwa 25 %.

   Im Haushalt 1997 mußten alle anderen Bereiche der Energieforschung gekürzt werden, um die steigenden Kosten für die Fusion aufzufangen.

4. An der internationalen Kooperation für ITER beteiligen sich die EU, Rußland, Japan und die USA. Ein wachsender Energieverbrauch wird jedoch in den kommenden Jahrzehnten in den Ländern des Südens entstehen, die an der ITER-Kooperation nicht beteiligt sind. Es erscheint zweifelhaft, ob ein Transfer der Fusionstechnologie in den Süden angesichts der notwendigen hohen Investitionsmittel möglich sein wird. Daher kann die Entwicklung des Südens keine Legitimation für das Festhalten am ITER-Projekt sein.

5. Kernfusionsanlagen eignen sich prinzipiell zum Brüten atomwaffentauglicher Materialien. Unter dem Gesichtspunkt der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen ist die Verbreitung des Kernfusions-Know-hows nicht wünschenswert.

6. Für die Kernfusionsreaktion ist als Brennstoff das radiologisch problematische Tritium vorgesehen. Radioaktives Tritium hat die Eigenschaft, durch Materialien zu diffundieren, die Rückhaltung ist technisch schwierig. Tritiumemissionen können bei Fusionsreaktoren schon im Normalbetrieb zu einer Strahlenbelastung führen, die höher ist als bei heutigen Atomkraftwerken. Das Tritiuminventar stellt bei Unfällen eine Gefahrenquelle dar.

7. Durch den intensiven Neutronenbeschuß entstehen bei der Kernfusion große Mengen aktivierter Strukturmaterialien. Obwohl der Großteil dieser radioaktiven Abfälle mittelfristig abklingt, sind auch kleine Mengen Isotope mit z. T. sehr langen Halbwertzeiten enthalten. Auch radioaktive Abfälle aus Kernfusionsreaktoren müssen deshalb für viele Generationen von der Umwelt isoliert werden. Ein sicheres Endlager für solche Abfälle gibt es bisher nicht.

8. Kernfusion ist bisher eher eine Vision als eine reale Option zur Energieversorgung. Doch diese Vision einer unbegrenzten Energiequelle verhindert ein Umsteuern in Richtung Nachhaltigkeit und der damit verbundenen Verminderung des Energieverbrauchs um eine Größenordnung von 70 bis 80 % für den Zeitraum bis zur Mitte des nächsten Jahrhunderts. Nachhaltigkeit und Kernfusion sind zwei Konzepte, die nicht vereinbar sind.

9. Aus diesen Gründen muß die Bundesregierung auf eine Beteiligung am ITER-Projekt verzichten. Sowohl im europäischen Rahmen als auch national muß eine Umorientierung der Aktivitäten im Bereich Plasmaphysik zugunsten nicht Fusionskraftwerk-spezifischer Fragestellungen stattfinden.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333